

Name:

Maximilian Wekerle

Thema 2:

„Der Philosoph, der in die Öffentlichkeit eingreifen will, ist kein Philosoph mehr, sondern Politiker; er will nicht mehr nur Wahrheit, sondern Macht.“

Hannah Arendt

Paradox der politischen Philosophie

Hannah Arendt reflektiert hier mit diesem Zitat die Rolle nicht nur des modernen Philosophen. Ihre Aussage bildet sozusagen einen krassen Gegensatz zu Platons antiker Utopie vom Philosophenkönig, der es als weiser Humanist am besten vermag, sein Volk zu lenken und zum Glück zu führen.

Die Frage, die sie in diesem Kontext beantwortet und auf die sie eine Antwort findet, die unterschiedlicher zu der Idee Platons nicht sein könnte, ist wohl folgende: Darf und kann ein Philosoph politische Ambitionen haben?

Dem Denkprozess vorangestellt werden muss hier allerdings eine kurze Diskussion der Definition von Philosophie; der Aufgabe des Philosophen im Zusammenhang mit der Verantwortung, die er trägt.

Hält man sich an die direkt an das Wort angelehnte Definition des Wortes „Philosophie“, so bekommt man mittels Übersetzung aus dem Griechischen als Antwort auf die Frage nach ihrer Bedeutung „Liebe zur Weisheit“. Dass diese Liebe zur Weisheit nicht kompatibel mit der Hingabe zur menschlichen Veranlagung zu Macht ist, ist mit dieser Definition der „Mutter aller Wissenschaften“ allerdings nicht gesagt, obwohl Hannah Arendt genau das fordert.

So muss eingangs erwähnt werden, dass ihr Begriff von der Philosophie ein mehr spezifizierter ist als der Antike, was die Argumentation jedoch nicht wesentlich stören soll und ist daher zu vernachlässigen ist.

Der Philosoph hat sich laut ihr einzig und allein der Suche nach der Wahrheit zu verschreiben, tut er das nicht und gibt dem Streben nach Macht nach, ist er nicht länger Philosoph, sondern wird unweigerlich zum Politiker.

Doch Vorsicht ist geboten: „Der Philosoph, der in der Öffentlichkeit eingreifen will“ (Z.1) ist für Hannah Arendt nicht gleich dem Philosophen, der mit seinen Werken Einfluss nehmen möchte, sondern vielmehr der, der plant als Person zu solchem zu kommen.

Ihr Zitat darf nicht missverstanden werden als Hommage an die Philosophie, ihr Dasein fernab der Öffentlichkeit in einer Einsiedlerklause zu fristen. Der Philosoph soll nicht sich oder seine Werke aus der Öffentlichkeit zurückziehen, er darf in seiner Rolle als Philosoph nur nicht aktiv in einem (staatlichen) Gesellschafts- oder Gewaltensystem sein, muss vielmehr ihr Kritiker sein, indem er zwar *in die* Öffentlichkeit eingreift, jedoch nicht als Person *in ihr*.

Hannah Arendts Denken scheint beeinflusst von der Furcht davor, dass Philosophie sich durch Verblendung, die durch die erhaltene oder erstrebte Macht erfolgt, zur einseitigen Ideologie verklärt.

Dieser Gedanke findet seine Berechtigung; vor allem bei Betrachtung des persönlichen Lebenshintergrunds der Hannah Arendt. Sie, die sie in ihrem berühmten Bericht vom Eichmann-Prozess in Jerusalem den Begriff der „Banalität des Bösen“ prägte, hat gesehen, wozu eine verklärte, monströse Ideologie führen kann, wozu sie in der Lage ist, ganz ohne eine persönliche Veranlagung des einzelnen Menschen zu Sadismus und Menschenverachtung.

Doch was ist, wenn Macht zum Nutzen der Wahrheit errungen wird und *nicht* Wahrheiten zum Erreichen der Macht benutzt oder gar modifiziert werden? Ist dieser Schritt hin zu Platon, hin zum Philosophen in der Politik nicht möglich? Kann man einen Einstieg in die

Politik nicht mit dem Drang, eigene Verantwortung zu Gunsten der Wahrheit wahrzunehmen rechtfertigen und dabei Philosoph bleiben?

Arendt beantwortet diese Frage entschlossen mit nein. Laut ihr ist es nicht nur nicht vertretbar, sondern schlicht nicht möglich. Wahrheiten und Antworten, in der Philosophie, genauer: in der Ethik, sind beide grundsätzlich anfechtbar und subjektiv. Es gibt kein einheitliches und allgemeingültiges Normenkonstrukt, das auf alle anwendbar ist und alle zufrieden stellt und so ist Platons Philosophenkönig zusammen mit Kants kategorischem Imperativ in der modernen Philosophie zum Scheitern verurteilt.

Schaltet sich ein Philosoph in die Politik ein und gewinnt Macht, mit der er seine Wahrheiten durchzusetzen im Stande ist, verliert er mit der ihm verliehenen Macht über andere Wahrheiten seine moralische Integrität als Philosoph.

Denn auch als Philosoph kann und muss man sich zwar mit anderen Meinungen auseinandersetzen und Urteile fällen; der Unterschied zum politisch „Bemächtigten“ liegt aber darin, dass ein Urteil seinerseits mit mehr als der Macht der Worte, nämlich mit politischer Gewalt durchgesetzt wird (oder werden kann). Allein das Streben nach Macht, dem in der Politik natürlicher Weise und überaus konsequent verfallen wird, ist der erste Schritt zur Befähigung eigene Wahrheiten mit politischen (und nicht philosophischen!) Mitteln Anderen aufzustülpen. Das kompromisslose Durchsetzen der eigenen Doktrin wird in der Politik schon allein zum Erhalt der eigenen Position nötig.

Hannah Arendt erkennt, dass eine kategorische Aussage in der Philosophie durch die derselben eigenen Pluralismen zum Scheitern verurteilt ist und vielmehr mit Politik vereinbar scheint, in der sich nahezu als Notwendigkeit erweist. Richtig diagnostiziert sie die Tatsache, dass eine von einem Politiker vereinnahmte Philosophie dazu verdammt ist, sich der Ideologie zu nähern, weil sie den Kanon der gleichberechtigten Thesen verlässt und sich und ihre Ansprüche auf andere Art vertritt, indem sie nämlich versucht Anderes durch den eigenen Alleingültigkeitsanspruch zu falsifizieren.

Ein aktiver Politiker mag sich zweifellos auf eine Richtung der Philosophie stützen können und auf ihr aufbauen - doch kann er niemals Philosoph „inter pares“ sein.